

ISOR aktuell

Nr. 11/2001 ★ Infopreis: 0,00 DM ★ November 2001

Mitteilungsblatt
der Initiativegemeinschaft
zum Schutz der sozialen Rechte
ehemaliger Angehöriger
bewaffneter Organe und
der Zollverwaltung der DDR e.V.

Politische Konzeption beschlossen

Die Urteile des Bundesverfassungsgerichtes vom 28. 4. 1999 hatten eine vollständige Beseitigung des Rentenstrafrechtes möglich gemacht. Gleiches wäre schon erreichbar gewesen, wenn der Bundestag 1995 einem Gesetzentwurf der SPD-Fraktion gefolgt wäre, der die Beseitigung aller Entgeltpunktbegrenzungen vorsah. Das 2. AAÜG-Änderungsgesetz regelt aber nur, was das Bundesverfassungsgericht als das Minimum vorgeschrieben hat und widerspricht damit dem Anliegen der Urteile, die die Wertneutralität des Rentenrechtes bestätigt haben. Die endgültige Beseitigung des Rentenstrafrechtes erfordert also sowohl die juristische als auch die politische Auseinandersetzung.

Vor diesem Hintergrund und angesichts der bevorstehenden Bundestagswahlen im Jahre 2002 diskutierten Vorstand und Beirat der ISOR eine Konzeption zur Fortführung des politischen Kampfes, die als Führungsdokument am 31. 10. 2001 beschlossen wurde.

Wer politisch Einfluss nehmen will, braucht Verbündete und eine breite politische Basis. ISOR kann hierbei an gewachsene und vertrauensvolle Beziehungen zu einer Reihe von Organisationen und Verbänden anknüpfen, die mit uns gemeinsam die Aufhebung des Rentenstrafrechtes fordern, so z.B. die GBM, der BRH, der Bundeswehrverband, die Volkssolidarität, die GRH u. a. Diese Beziehungen gilt es zu festigen und auszubauen, so in gemeinsamen politischen Aktionen gegen Sozialabbau und für die Angleichung der Lebensverhältnisse in Ost und West sowie für und mit Hilfe einer politischen Kultur, die auf Relikte des Kalten Krieges verzichtet.

Besonders wichtig ist dieses gemeinsame Wirken im Zusammenhang mit den bevorstehenden Landtags- und Bundestagswahlen. Es ist beabsichtigt, Wahlprüfsteine zu erarbeiten, die mit den uns nahestehenden Verbänden und Organisationen abgestimmt und möglichst gemeinsam den Vorständen und Fraktionen der demokratischen Parteien sowie den Bewerbern um Direktmandate für den Bundestag vorgelegt werden sollen. Ihre Antworten und ihr Verhalten in der Vergangenheit – erinnert sei nur an abgegebene Wahlversprechen und tatsächliches Abstimmungsverhalten im Bundestag – werden wir gründlich prüfen und daraus Wahlempfehlungen für ISOR-Mitglieder und -Sympathisanten ableiten, so z.B. zum SPD-Abgeord-

neten Hacker, der den Mut aufbrachte gegen die Fortschreibung von Rentenstrafrecht im 2. AAÜG-Änderungsgesetz zu stimmen und der diese Position auch weiter vertritt.

Von den politischen Parteien nimmt bisher nur die PDS eine konsequente und verlässliche Position im Kampf für Rentengerechtigkeit ein. Das sollten wir in unserem Wahlverhalten beachten!

Es ist auch für die Landtagswahlen von Bedeutung, da Koalitionen auf der Landesebene das Abstimmungsverhalten im Bundestag beeinflussen. Leider steht die vereinbarte Arbeitsgruppe des Landes Mecklenburg-Vorpommern mit dem Riester-Ministerium zur Nachbesserung in Rentenfragen bisher nur auf dem Papier. Politischer Druck kann aber auch dabei noch manches bewirken.

Die bevorstehenden Wahlen sind ein wichtiges Bewährungsfeld für die ISOR-Mitglieder. Teilnahme an den Wahlveranstaltungen der Parteien, Demonstrationen und Kundgebungen, persönliche Vorsprachen in Sprechstunden und Wahlbüros, Anfragen oder Briefe an die Kandidaten, Einladungen zu Diskussionsrunden und Versammlungen, Leserbriefe an Zeitungen, insgesamt verstärkte politische Aktivitäten haben gerade in dieser Periode besonderes Gewicht.

Vor allem aber sollte jeder wissen: Nur wer sein Wahlrecht ausübt, kann auch etwas bewirken!

Einen weiteren Schwerpunkt der politischen Konzeption des ISOR-Vorstandes bilden Überlegungen, die sich auf die Öffentlichkeitsarbeit beziehen. Wir können dabei an das gute Niveau von ISOR-aktuell anknüpfen und bemühen uns auch um eine noch bessere Gestaltung unserer Präsentation im INTERNET.

Auch wenn die bürgerlichen Medien und Presseorgane unsere Anliegen totschießen oder dazu tendenziös und verfälschend berichten, dürfen wir nicht nachlassen, immer wieder im öffentlichen Bewusstsein wach zu halten, dass Rentenstrafrecht fortbesteht und nach den Maßstäben des Rechtsstaates einen politisch motivierten Willkürakt darstellt.

Gleichzeitig ermutigen wir unsere Mitglieder, den anhaltenden Diffamierungen der Schutz- und Sicherheitsorgane der DDR in Diskussionen oder durch Briefe an Medien sachlich und nachdrücklich entgegenzutreten.

Aufgabe des Vorstandes von ISOR wird es sein, noch bessere und fundiertere politische Argumente für die Mitglieder bereit zu stellen. Dazu soll auch die Grundlagenarbeit für Dokumentationen und Argumentationshilfen verstärkt werden. Wir vertrauen dabei auf das Engagement der nicht wenigen unserer Mitglieder, die über eine entsprechende Ausbildung bzw. Fähigkeiten verfügen und hierbei ein dankbares Betätigungsfeld finden können.

Vorstand und Beirat von ISOR haben die politische Konzeption einmütig gebilligt. Sie wird umgehend allen TIG-Vorständen zugeleitet. Jetzt kommt es darauf an, diese Konzeption mit Leben zu erfüllen und in realistischer Abwägung der konkreten Bedingungen und Möglichkeiten vor Ort in Aktivitäten und Initiativen umzusetzen. Über Erfolg oder Misserfolg entscheiden letztlich Verantwortungsbewusstsein, schöpferische Mitarbeit und Einsatzbereitschaft jedes Mitgliedes unserer Organisation.

Aus der Diskussion zur 3. Vertreterversammlung

Prof. Dr. Axel Azzola ging auf den Zusammenhang zwischen juristischem und politischem Kampf um die Beseitigung des Rentenstrafrechtes ein und er trat Zweifeln an der Konzeption zur Verfahrensführung entgegen. „Viele Entscheidungen deutscher Gerichte haben gezeigt, dass es Richter gibt, die ihre Eigenständigkeit gegenüber der Politik – wie es die Verfassung gebietet – und damit ihre Unabhängigkeit zu wahren wissen. Sonst hätten wir keine Erfolge gehabt. (...) Wer die Urteile vom 28. April 1999 aufmerksam liest, wird eines sehen: Alle Versuche des damaligen Gesetzgebers der BRD, Lebensarbeitsleistung rentenversicherungsrechtlich nachträglich abzuwerten, sind vom Bundesverfassungsgericht ganz konsequent zurückgewiesen worden.“

Prof. Azzola warb um Vertrauen für die künftigen Musterverfahren vor dem BVerfG: „Wir müssen unseren Kopf einsetzen; und das bedeutet zunächst, wir müssen selbstverständlich die Regeln kennen, nach denen entschieden wird.“ Die juristischen Fachleute wären dazu da, die vom ISOR-Vorstand konzeptionell beschlossenen Grundsätze juristisch umzusetzen. „Und das, glaube ich, haben wir doch unter Beweis gestellt, dass wir ohne an irgendeiner Stelle irgendein Interesse irgendeines Betroffenen zu verraten, willens und in der Lage waren, die Grundsätze, die der Vorstand von ISOR selbst formuliert hatte, juristisch fachlich umzusetzen und, wo es möglich war, politisch zu begleiten.“ Er bat darum, Solidarität und Nüchternheit in der Auseinandersetzung zu bewahren und die politische Entwicklung all jener Kräfte zu unterstützen, die bereit sind, dem Rentenstrafrecht und anderen sozialen Ungerechtigkeiten entgegenzutreten.



**Aus unseren
TIG**



Aus Anlass des 10-jährigen Bestehens der ISOR führte die TIG Neustrelitz eine festliche Mitgliederversammlung durch. Der Vorsitzende der TIG würdigte in einer kurzen Ansprache das 10-jährige Wirken der ISOR beim Kampf um die Beseitigung des Rentenstrafrechts. Er stellte u. a. fest, dass, obwohl die Zielsetzung gemäß der Satzung noch nicht für alle Mitglieder erreicht wurde, wichtige Teilerfolge im Kampf um die Herstellung von Rentengerechtigkeit und gegen soziale Benachteiligung errungen werden konnten. Dabei war es von großem Nutzen, dass andere Verbände und Vereine solidarisch wirksam wurden. Der Vorsitzende erklärte: „Wir nehmen die fortgesetzte Diskriminierung nicht hin und setzen unseren Kampf politisch und juristisch fort.“

Eine besondere Würdigung fand die fleißige und aufopferungsvolle Arbeit der Mitglieder der Rechtskommission und der Kassierer. Als Gäste unserer Veranstaltung waren der Vorsitzende des Ortsverbandes des BRH und der Kreisvorsitzende des Sozialverbandes Deutschland unserer Einladung gefolgt.

Wolfgang Schiller

★

Als einen Höhepunkt im Leben unserer TIG Dresden gestalteten wir im Oktober unsere diesjährige Mitgliederversammlung mit 300 Teilnehmern.

Neben der Vermittlung neuer Aspekte und Aufgaben, die sich aus dem 2. AAÜG-ÄndG ergeben, war das 10-jährige Bestehen der TIG Anlass, die im Kampf zur Überwindung des Rentenstrafrechts erreichten Ergebnisse einzuschätzen und Gedanken für die weitere Arbeit darzulegen. Gewürdigt wurden die Mitbegründer der TIG und die Betreuer, ohne die eine lebendige Arbeit an der Basis nicht möglich ist.

Mit besonderer Freude begrüßten wir Vertreter der mit uns im Kampf um Rentengerechtigkeit verbundenen Vereine und Verbände. Einheitliche Auffassungen bestanden darin, unseren gemeinsamen Kampf unbeirrt weiterzuführen. Solidarität – jetzt erst recht!

Einen würdigen Abschluss unserer Veranstaltung bildete der Auftritt des Fanfarenzuges Dresden e. V. Leiter dieses Musikzuges ist ein Mitglied unserer TIG. Das reichhaltige Repertoire fand großen Zuspruch und Anerkennung.

Charlotte Staudte

★

Um neben dem gemeinsamen Kampf für die Beseitigung noch immer vorhandener Ele-

mente des Rentenstrafrechts auch das Zusammengehörigkeitsgefühl unter den Mitgliedern weiter zu festigen, führte die TIG Delitzsch eine Exkursion zum Flughafen Leipzig-Halle durch. Die Teilnehmer wurden mit der Entwicklung des Flughafens von 1927 bis heute vertraut gemacht und gewannen Einblick in die Bedeutung des „Mitteldeutschen Luftkreuzes“ und die verantwortungsvolle Arbeit des Flughafenpersonals.

Dr. Beschorner

Abgeordnetengespräche werden fortgesetzt

Auch nach Inkrafttreten des 2. AAÜG-ÄndG und trotz hoher Arbeitsbelastung, nicht zuletzt auch wegen der komplizierten Situation, gewährte uns der Schweriner SPD-Bundestagsabgeordnete Hans-Joachim Hacker am 26. Oktober ein erneutes Gespräch.

In einem beiderseitig aufgeschlossenen Gedankenaustausch konnten wir zur Kenntnis nehmen, welche verantwortungsvolle Tätigkeit Herr Hacker, u. a. im Petitionsausschuss des Bundestages, leistet und dass er seine Bereitschaft seiner Partei gegenüber signalisiert hat, auch für den nächsten Bundestag in den Kreisen Schwerin und Ludwigslust zu kandidieren.

Wir hatten die Möglichkeit, Schwerpunkte aus der politischen Konzeption der ISOR e. V. darzulegen, was von ihm mit Interesse zur Kenntnis genommen wurde.

Beiderseits werden weitere Gespräche als nützlich betrachtet.

Siegfried Felgner, Karl Bachmann

Aus der Postmappe

Unser Mitglied *Hans Fricke*, Autor des im GNN-Verlag erschienenen Buches „Davor – dabei – danach. Ein ehemaliger Kommandeur der Grenztruppen der DDR berichtet“, wandte sich mit einem Brief an den SPD-Bundestagsabgeordneten Hans-Joachim Hacker, in welchem es u. a. heißt:

„Ich bin der Auffassung, dass die im ISOR-Mitteilungsblatt Ihrer Erklärung vorangestellte Überschrift: „*Aller Ehren wert*“ seine volle Berechtigung hat. ... Es ist mir ein Bedürfnis, Ihnen für Ihre von Verantwortung gegenüber Wertneutralität des Rentenrechts getragene Erklärung und für Ihr mutiges „Nein“ zur kollektiven Ungleichbehandlung ehemaliger DDR-Bürger durch die Regierung und die Mehrheit des Bundestages zu danken, zumal ich glaube zu wissen, welchem Widerstand Sie sich auch in Ihrer eigenen Partei und Frak-

tion gegenüber sehen. Im Unterschied zu vielen Abgeordneten haben Sie sich zu Ihrem Wahlversprechen in Sachen Rentengerechtigkeit bekannt und können den nach wie vor von der kollektiven Ungleichbehandlung Betroffenen in Ihrem Wahlkreis Schwerin und darüber hinaus offen in die Augen sehen.

Seien Sie versichert, dass wir ISOR-Mitglieder in unserem gerechten Kampf um die vollständige Beseitigung des „Rentenstrafrechts“ für ehemalige DDR-Bürger nicht nachlassen werden, und es tut gut, dabei Bundestagsabgeordnete wie Sie und andere Mandatsträger an unserer Seite zu wissen.“

★★★

Am Dienstag den 25. September bin ich nach Anerkennung des § 45 StGB DDR entlassen worden, weil diese Norm gemäß § 2 Abs. 3 StGB das mildere Gesetz ist. Gemeinsam mit meinem Verteidiger, Dr. Frank Osterloh haben wir seit Oktober des vergangenen Jahres darum, und wie man sieht, mit Erfolg gekämpft. Wir betrachten diesen Weg als nachahmenswert für alle noch Inhaftierten bzw. bei der Verteidigung in noch anstehenden Prozessen. Dem Vorstand der ISOR und allen Mitgliedern möchte ich meinen besonderen Dank aussprechen für die meiner Ehefrau und mir in der vielfältigsten Art entgegengebrachte Solidarität. Das Gefühl und das Wissen, in dieser für uns nicht leichten Zeit nicht allein zu stehen, hat uns sehr geholfen, die Haftzeit zu überstehen. Im Ringen um Gerechtigkeit (im Besonderen auch der Rentengerechtigkeit) wünsche ich uns weitere Erfolge und werde das mir Mögliche dazu beitragen. Mit herzlichen Grüßen

Günter Strobel

Bei anderen gelesen

Bundestagsmitglied hielt nicht Wort

(Aus Güstrower Anzeiger vom 18. 10. 2001)

Die Bundestagsabgeordnete Christel Deichmann hat ihr Versprechen nicht eingelöst. Viel wurde in den Medien über Renten und Rentenprobleme geschrieben. Noch immer sind die ostdeutschen Rentner nach fast elfjähriger deutscher Einheit im Nachlauf. Besonders betroffen sind jene, die auch mit dem Inkrafttreten des 2. AAÜG-Änderungsgesetzes sozial-rentenrechtlich weiterhin bestraft werden. Das sollte anders werden, wenn die SPD mit einem Wahlsieg 1998 an die Macht kommt, wurde wahlpropagandistisch verkündet. Entgegen aller Beteuerungen und Erklärungen der SPD in der Bundestagsopposition hält die Regierung Schröder mit der Verabschiedung des 2. AAÜG-Änderungsgesetz am Rentenstrafrecht fest. Christel Deichmann, Bundestagsabgeordnete und u. a. für den Landkreis Güstrow politisch verantwortlich, erklärte am 26. Mai 1997 auf ei-

ner ISOR/TIG-Versammlung, dass auch sie verantwortungsbewusst zur SPD-Auffassung als Oppositionskraft steht und sich für die Abschaffung des sozialen Unrechts der Rentner mit aller Entschiedenheit einsetzt. Doch Christel Deichmann stand nicht zu ihrem Wort. Wenige Tage vor der Abstimmung über das 2. AAÜG-Änderungsgesetz im Bundestag gewährte sie ISOR-Vorstandsmitgliedern der TIG Güstrow in ihrem Güstrower Büro ein Gespräch über die Rentenproblematik. Die aufgeschlossene und sachgerechte Aussprache wurde durch die Unverständlichkeit der Tatsache getrübt, dass Christel Deichmann das im Entwurf vorgelegte Gesetz noch nicht zur Kenntnis genommen hatte und sich an eine vor den ISOR-Mitgliedern gegebene Zusicherung, sich für die Abschaffung des Rentenstrafrechts einzusetzen, nicht erinnern wollte... Aus der heutigen Sicht würde ich sagen: Es war ein wahltaktisches Manöver der SPD, dem sich auch Christel Deichmann unterworfen hat. Seit dem vereinten Deutschland ist mir bewusst, dass unser neues Deutschland nicht lupenreine Demokratie werden würde. Dafür sprechen die Ausmaße der Unehrlichkeiten, Korruption, Machtmissbräuche und Verletzung des Grundgesetzes. Aber dennoch hatte ich bisher ein gewisses Maß an Hoffnung geschöpft, dass Abgeordnete, auch des Bundestages, ausschließlich bei Abstimmungen ihrem Gewissen folgen. Ein Trugschluss? Jedenfalls Christel Deichmann hat ihr Wort in dieser Sache nicht eingelöst.

Walter Krüger, Güstrow

Lesenswert

Unlängst ist die deutsche Ausgabe eines voluminösen Buches der US-Autorin Frances Stonor Saunders herausgekommen. Es heißt „Wer die Zeche zahlt ... Die CIA und die Kultur im Kalten Krieg“ (Siedler Verlag, Berlin 2001, 478 Seiten, Leinen, 49,90 DM). Auf der Einladung zur Präsentation des Buches, las man den anreizenden Hinweis: „Wie der amerikanische Geheimdienst während des Kalten Krieges praktisch den gesamten europäischen Kulturbetrieb unterwanderte. Die Liste der von der CIA Geförderten liest sich wie ein Kulturlexikon der Nachkriegszeit.“

Das umfangreiche Werk der Amerikanerin enthält eine Fülle aufschlussreicher Fakten, sie hatte Zugang zu vormaligen internen Archiven, auch zu manchen noch geheimen Regierungsdokumenten.

Fritz Teppich
(Aus: „Rotfuchs“, Oktober 2001)

Die AG Recht informiert

Aufgrund vielfacher Anfragen gibt die Arbeitsgruppe Recht noch einmal folgende wichtige Hinweise:

1. Bundesverwaltungsamt erteilt Widerspruchsbescheide

Vor den Urteilen des Bundesverfassungsgerichts war es gelungen, Tausende von Widerspruchsverfahren zum Ruhen zu bringen. Nach der Verkündung des 2. AAÜG-ÄndG hat man sich offensichtlich auch im BMI zu dem Versuch entschlossen, den gegen die verbliebene Kürzung auf 1,0 Entgeltpunkte anhaltenden Widerstand zu brechen. Das Bundesverwaltungsamt erteilt ablehnende Widerspruchsbescheide.

Wer die Kürzung auf 1,0 Entgeltpunkte nicht hinnehmen will, muss klagen. Wir sind gewiss: Das werden unsere Mitglieder praktisch ausnahmslos tun. ISOR steht wie bisher allen offen, die in gleicher Weise betroffen sind. Jetzt kommt es darauf an, durch Klagen auf die eintreffenden Widerspruchsbescheide zu demonstrieren: Der Widerstand ist ungebrochen.

Unsere Anwälte stehen zur Führung der Klageverfahren zur Verfügung. Sie haben schon eine beträchtliche Anzahl von Musterverfahren vor Sozialgerichten und Landessozialgerichten in Gang gesetzt. Die sachliche und rechtliche Vielfalt der Verfahrensführung, die damit verbundene Auswahl weiterer geeigneter Musterverfahren und schließlich das erneute zähe Ringen darum, eine große Anzahl von Verfahren im Hinblick auf die Entscheidungen in Musterverfahren erneut zum Ruhen zu bringen, erlaubt es nicht mit Mustertexten für Klagen zu arbeiten. Selbstverständlich erfolgt die anwaltliche Hilfe für ISOR-Mitglieder zu den gleichen Bedingungen wie bisher. Das Prinzip der solidarischen Kostentragung wird auch künftig für die notwendigen Musterverfahren ebenso wie für die nun erzwungenen Klagen dem einzelnen Mitglied keine zusätzlichen Kosten verursachen.

Grundsätzlich muss jeder, dem ein Widerspruchsbescheid direkt zugeht, die

Klagefrist beachten.

Innerhalb eines Monats nach Zugang des Widerspruchsbescheides muss die Klage dem zuständigen Sozialgericht vorliegen. Man orientiert sich dazu sicherheitshalber am Datum des Widerspruchsbescheides.

Es wird empfohlen, anwaltliche Hilfe zur Klageführung in Anspruch zu nehmen. Dazu sollten folgende Unterlagen sofort nach dem Zugang des Widerspruchsbescheides an das Anwaltsbüro abgesandt werden:

der Widerspruchsbescheid, der Entgeltbescheid ggf. der Änderungsbescheid und der Widerspruch jeweils in Kopie,

zwei unterschriebene Originalvollmachten,

die Angaben zur anwaltlichen Vertretung.

Die Anwälte benötigen noch genügend Zeit zur Klageführung in der Monatsfrist.

Wer noch nicht Mandant ist und ein bisher ruhendes Widerspruchsverfahren selbst führt, tut gut daran, wenn er während einer Abwesenheit von seinem Wohnort sichert, dass die Post regelmäßig nach einer Sendung vom Bundesverwaltungsamt durchgesehen wird. Die Klagefrist läuft spätestens von dem Tage an, an dem der Briefträger versucht hat, den Widerspruchsbescheid zuzustellen.

Zur Führung von Musterverfahren sind alle Fälle geeignet, in denen vor Eintritt in das MfS bereits ein deutlich überdurchschnittliches Einkommen (etwa 1,3 und mehr Entgeltpunkte jährlich erzielt worden sind). Das kann jeder anhand der Anlage 3 seines Rentenbescheides oder einer Rentenauskunft selbst prüfen. Ein wichtiger Hinweis darauf ist auch eine berufliche Tätigkeit, die vor dem Dienstbeginn im MfS aufgrund einer Fach- oder Hochschulbildung zurückgelegt wurde. Vor allem in diesen Fällen sollte mit der Übersendung der Unterlagen eine tabellarische Darstellung der Schritte der beruflichen Ausbildung und der Entwicklung im Beruf einschließlich der Tätigkeit im MfS übersandt werden, aus der auch der berufliche Aufstieg ggf. in leitende Funktionen deutlich wird. Ebenso sollte zugleich auch eine Kopie der Anlage 2 zum Rentenbescheid (Versicherungsverlauf) übersandt werden.

In allen bisher im Anwaltsbüro vertretenen Fällen, werden die Anwälte auf die dem Büro in der Regel direkt zugehenden Widerspruchsbescheide umgehend Klage erheben. Die erforderlichen Angaben zur Führung von Musterverfahren werden danach eingeholt.

WICHTIG!

Wer einen ablehnenden Widerspruchsbescheid nicht anerkennen will, muss dagegen Klage erheben!

2. Widersprüche gegen neue Entgeltbescheide

Ehemalige Angehörige des MfS, die noch nicht Rentner sind, werden auch in Zukunft erstmalig einen Entgeltbescheid erhalten. Selbstverständlich erhalten auch sie anwaltliche Hilfe zur Widerspruchsführung, wenn sie es wünschen. Dazu sind die erforderlichen Unterlagen wie bisher zu übersenden.

Es ist aber auch möglich, das Widerspruchsverfahren zunächst selbst mit folgendem Mustertext zu eröffnen:

► Fortsetzung auf Seite 4

Absender

An das Bundesverwaltungsamt
Außenstelle Berlin-Lichtenberg
10361 Berlin

Ihr Aktenzeichen:
Ihr Bescheid vom:

Sehr geehrte Damen und Herren,
hiermit lege ich gegen den Bescheid
vom

Widerspruch

wegen der Kürzung der im MfS/AfNS
tatsächlich erzielten Arbeitsentgelte auf
den Durchschnittsverdienst aller Versi-
cherten ein.

Ich beantrage zugleich, das Verfahren
im Hinblick auf die Entscheidung in
Musterverfahren ruhen zu lassen.

Datum Unterschrift

Der Vorstand teilt mit

*Der Vorstand der ISOR e.V. und die TIG-
Vorstände gratulieren*

Lucie Raasch

Berlin-Prenzlauer Berg und

Johanna Riedel

Leipzig

zum 90. Geburtstag

sowie Gertrud Henschke

Frankfurt/Oder und

Willy Neumann

Berlin-Marzahn

zum 80. Geburtstag

und wünschen ihnen alles Gute.

★ ★ ★

Das Rechtsanwaltsbüro Bleiberg und Schip-
pert hat am 23. 7. 2001 den Jahresabschluss
der ISOR e.V. sowie die damit im Zusammen-
hang stehenden Steuererklärungen für Ge-
werbsteuer, Körperschaftsteuer und Um-
satzsteuer für das Jahr 2000 an das Finanz-
amt für Körperschaften übergeben. Eine
Steuerschuld gegenüber dem Finanzamt be-
steht nicht. Für Umsatzsteuer besteht ein
Guthaben in Höhe von 25.405,70 DM

Mit Bescheid vom 10. 10. 2001 hat das Fi-
nanzamt die Rückzahlung des o.g. Guthabens
angewiesen.

Mit der Information Nr. 3/01 wurde der
Jahresabschluss 2000 mit den einzelnen Ein-
nahme- und Ausgabepositionen sowie dem
Ausweis des finanziellen und materiellen Ver-
mögen unserer Initiativgemeinschaft den
Vorständen der TIG übergeben. Die Mitglie-
der können den Jahresabschluss bei ihren
TIG-Vorständen einsehen.

In eigener Sache

Haben Sie sich schon mit unserer Internet-
Seite vertraut gemacht? Wir wären an Ihrer
Meinung zu Inhalt und Form interessiert!

Bitte ihre Partner, Bekannte und Verwand-
te, auf unsere Web-Site hinweisen.

E-Mail: ISOR-Berlin@t-online.de
Internet: <http://www.isor-sozialverein.de>

Der Vorstand beschloss, künftig die **ISOR
aktuell** ins INTERNET zu stellen. Sie kann
dann als PDF-Datei herunter geladen werden.

Dieser Ausgabe liegt ein Werbeprospekt
des Verlages „Das neue Berlin“ bei. **Autoren
der angebotenen Bücher sind zu Buchlesun-
gen bereit. Bei Interesse: Frau Moser Tel. 030-
2 38 09 10** koordiniert die Veranstaltungen.

**Wir trauern um unsere
verstorbenen Mitglieder**

WILLI BORISCH, Eberswalde
BRIGITTA BOROWSKI, Osterburg
FRITZ BROCKHUSEN, Berlin-Marzahn
SIEGFRIED EHRLICHMANN, Cottbus
KLAUS ESCHRICH, Wolgast
HEINZ FREVERT, Marienberg
GERHARD FRÖMMIG, Güstrow/Gnoin
MANFRED GERHART, Leipzig
WILLY GLITZ, Rostock
WALTER GOLLHARDT, Gera
EHRHARD HÄHNLEIN, Erfurt
EGON HILPMANN, Rostock
WERNER HOPFMANN, Berlin-Friedrichsfelde
MARGARETE HUHNHOLZ, Bln.-Hoh'schönh.
GÜNTHER HUTH, Waren/Müritz
IRMGARD HUTZLER, Grünheide
GERDA JAHNKE, Berlin-Friedrichsfelde
GERHARD JUNGHANS, Gera
WILLY JYSCH, Halle
HELMUT KAUN, Potsdam-West
SIEGFRIED KNOBELSDORF, Cottbus
WOLFGANG KOHL, Cottbus
GUSTAV KÖHLER, Sonneberg
HANS KRANZEL, Leipzig
KLARA KRAUSE, Sondershausen
ALEXANDER KÜHNEL, Dresden
GUSTAV LEMKE, Zernsdorf
FRITZ LÖTHER, Berlin-Lichtenberg
EBERHARD MENDE, Dresden
HEINZ NEUMANN, Forst
GÜNTER NITZ, Berlin-Hohenschönhausen
WERNER NIWJINSKI, Berlin-Weißensee
WALDEMAR PANNWITZ, Cottbus
GEORG REIßBAUS, Plauen
WILLI SCHIEMANN, Berlin-Friedrichsfelde
HARTMUT SCHÜTTE, Rostock
PAUL SCHULZ, Rostock
KURT TAUBERT, Döbern
BRUNO THEIMER, Halle
GERHARD THÜMMEL, Riesa
HEINI VOGEL, Chemnitz
HEINZ VOIGT, Bad Saarow
MARIANNE WALNOCH, Strausberg
HEINZ WILLHAGEN, Berlin-Prenzlauer Berg
Ehre ihrem Andenken.

Wir empfehlen, den Widerspruch inner-
halb der vierwöchigen Widerspruchsfrist (Da-
tum des Bescheides) mit Einschreiben und
Rückschein zur Post zu geben, damit ein Nach-
weis über die Absendung vorliegt.

★

Dienstzeiten bei Bahn- und Post

Die aufgrund von Urteilen des Bundesso-
zialgerichts erreichten günstigeren gesetzli-
chen Regelungen für ehemalige Beschäftig-
te der Bahn und Post zur rentenrechtlichen
Berücksichtigung von nach dem 1. 3. 1971 er-
zielten Einkommen über 600 Mark monatlich
können im Einzelfall auch für ehemalige An-
gehörige des MfS oder der Transportpolizei
Bedeutung haben. Das ist der Fall, wenn sol-
che Zeiten bei der Bahn oder Post ab 1. 3. 1971
noch vor dem Beginn der Zugehörigkeit zum
jeweiligen Sondersversorgungssystem zurück-
gelegt wurden. Die Umsetzung der günstige-
ren gesetzlichen Regelungen erfolgt auf An-
trag. Wir empfehlen deshalb denen, auf die
die vorgenannte Bedingung zutrifft, mit ih-
rem Rentenversicherungsträger Kontakt auf-
zunehmen, damit der Antrag mit den dafür
erforderlichen Unterlagen sachkundig ge-
stellt werden kann.

Impressum

Herausgeber: Vorstand der ISOR e.V.

Vorsitzender: Horst Parton

Redakteur: Klaus Kudoll, Telefon: (030) 29 78 43 19

V.i.S.d.P.: Friedrich Noll, c/o Geschäftsstelle der ISOR e.V.

ISOR aktuell dient der Information von Mitgliedern der
ISOR e.V. und interessierten Bürgern und kann nicht bei
Behörden als rechtsverbindliche Auskunft benutzt werden.
Bei namentlich gekennzeichneten Beiträgen sind die Au-
toren für deren Inhalt verantwortlich.

Redaktionsschluss: 6. 11. 2001

Satz: SATZ-Studio Kehrer, 12355 Berlin

Druck: Druckerei Paulick, 10405 Berlin

Geschäftsstelle der ISOR e.V.

Geschäftsführer: Karl-Heinz Hypko

Franz-Mehring-Platz 1 - 10243 Berlin

Telefon: (030) 29 78 43 15 - Sekretariat

29 78 43 16 - Geschäftsführer

29 78 43 17 - AG Finanzen

Fax: (030) 29 78 43 16

Postanschrift: ISOR e.V. - Postfach 700423 - 10324 Berlin

e-mail: ISOR-Berlin@t-online.de

internet: <http://www.isor-sozialverein.de>

Bankverbindung: Berliner Sparkasse

Konto-Nr. 171 302 0056, BLZ 100 500 00

Öffnungszeiten der Geschäftsstelle:

Dienstag bis Donnerstag 9 bis 16 Uhr

Sprechstunden der AG Recht:

Dienstag 9 bis 13 Uhr

Donnerstag 16 bis 19 Uhr

weitergeben! ★ ★ ★ Mitglieder gewinnen! ★ ★ ★ weitergeben!